

Entschließungsantrag

des Abgeordneten DDr. Königshofer

und weiterer Abgeordneter

betreffend die Bereitstellung von Krediten, vor allem an private Haushalte und KMUs

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 2, Erklärung der Bundesregierung, in der 6. Sitzung des Nationalrates, XXIV.GP, am 3. Dezember 2008

Im Zuge der aktuellen Finanzkrise kommen auch österreichische Unternehmen immer mehr in finanzielle Schwierigkeiten, wodurch in Folge die heimische Infrastruktur sowie unzählige Arbeitsplätze massiv bedroht sind.

Im Bankenbereich musste von der Bundesregierung durch die Bereitstellung öffentlicher Geldmittel ein Hilfspaket geschnürt werden, um die Stabilität des Geld- und Kreditmarktes zu sichern. Es ist jedoch dafür Sorge zu tragen, dass die Gelder des Hilfspaketes der heimischen Wirtschaft zu Gute kommen.

So ist in der „Kronen Zeitung“ vom 22.11.2008 zu lesen: „Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny fordert jetzt für jene Banken, die eine staatliche Geldspritze bekommen, eine überprüfbare Verpflichtung, Kredite zu vergeben. Es sei derzeit die wichtigste Aufgabe der Geldinstitute überhaupt, für ausreichende Liquidität in den Unternehmen zu sorgen, will man eine schwerere Rezession vermeiden.“

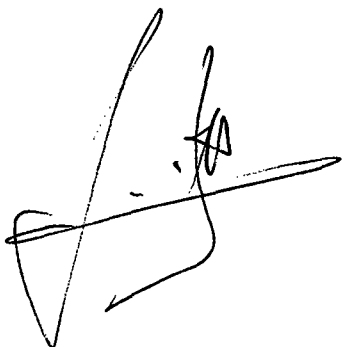
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

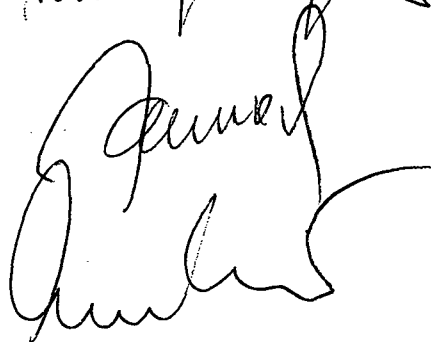
Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Erforderliche zu veranlassen, um für die heimische Wirtschaft eine Lockerung der Kreditvergabepraxis jener Banken, die das staatliche Bankenhilfspaket in Anspruch genommen haben oder nehmen werden, sicher zu stellen.“

Geißler



Hörigshofer



Wien am
13. DEZ. 2008